

Wahlprogramm Lahn-Dill-Kreis

Für uns ist klar: Der Lahn-Dill-Kreis braucht eine sozial gerechte und nachhaltige Politik, die sich dem reaktionären Zeitgeist konsequent entgegenstellt.

Wir verstehen uns als einzige sozial-ökologische Partei, die als Bindeglied zwischen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen oder Bürger*inneninitiativen und Parlament wirkt und denjenigen eine Stimme im Parlament gibt, die sonst nicht gehört werden. Der Grundsatz der Hessischen Verfassung, wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung zu dienen hat, ist für uns hierbei die Richtschnur unseres Handelns.

Wir stehen für mehr demokratische Beteiligung aller hier lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft, Pass oder Hautfarbe. Ausgrenzung und Diskriminierung entgegnen wir auf allen Ebenen mit größter Entschlossenheit. Wir stehen für einen Klima- und Umweltschutz, der seinen Namen wirklich verdient.

Seit der letzten Kommunalwahl im März 2021 ist lokal und global einiges passiert: Wir hatten über zwei Jahre mit einer Pandemie zu kämpfen, Putin greift weiterhin die Ukraine an. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD gibt über Hunderte von Milliarden Euro für Sonderprogramme aus, lässt aber die Kommunen trotz der Übertragung erweiterter Aufgaben weitestgehend auf ihren Kosten sitzen. Aber auch in unserem Landkreis gab es einschneidende Änderungen. Der bisherige Landrat Wolfgang Schuster (SPD) ging in den Ruhestand und die hiesige Sozialdemokratie ergab sich, um wenigstens noch ein bisschen im Lahn-Dill-Kreis mitregieren zu können, als Juniorpartner der CDU in die neue Kreiskoalition. Das Thema Gesundheit wurde insbesondere in den letzten Jahren davon geprägt, ob und welche Bereiche der Gesundheitsversorgung und die Kliniken in Dillenburg, Braunfels und Wetzlar erhalten bleiben sollen. So wurde die Geburtshilfe in Dillenburg, gegen erbitterten Widerstand geschlossen und für die Klinik in Braunfels stehen auch gravierende Änderungen an. Für uns Grund genug, sich auch weiterhin für eine sozial und ökologisch gerechte Politik einzusetzen!

Wir stehen für eine Politik, in der sich Krankenhäuser oder Pflegeheime um Menschen und nicht um Profite kümmern können. Und für eine Politik, die den ländlichen Raum infrastrukturell – vom ÖPNV über den Dorfladen bis hin zum schnellen Internet – attraktiv und lebenswert gestaltet. Das alles ist keine Utopie, sondern machbar.

Bist Du dabei?

MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT VOR ORT

Derzeit erleben wir eine verstärkte Hetze gegen Bürgergeldempfänger*innen. Dabei sind dies oft Arbeitnehmer*innen und Selbstständige, die unverschuldet krank oder arbeitslos geworden sind oder ihr Gehalt aufstocken müssen, weil sie zu wenig verdienen.

Wir nutzen jeden Handlungsspielraum im Landkreis, etwa im Bereich der Jobcenter, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten und eine sanktionsfreie Praxis zu erzielen. Ebenso fordern wir gesellschaftliche Teilhabe für Asylsuchende, die mit der Bezahlkarte nicht möglich ist. Die Bezahlkarte ist eine Schikanemaßnahme mit hohem Verwaltungsaufwand, fördert ungerechtfertigte Ungleichbehandlung und stellt Asylsuchende unter Generalverdacht.

Wir sagen ganz klar „Nein!“ zur Bezahlkarte.

Die soziale Spaltung, die sich aus der immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich ergibt, kann nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden, aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der finanziell Benachteiligten zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Vielfach handelt es sich dabei auch um alleinerziehende Frauen, die wegen der Kinderbetreuung nur zeitlich eingeschränkt arbeiten können. Dem treten wir mit Nachdruck entgegen!

In den Städten und Gemeinden stehen wir für die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen gewährt. Versorgungsbetriebe sollen mit Hilfe von Sozialtarifen eine soziale Preisgestaltung einführen.

Deshalb fordern wir im Kreis:

- ▶ Auf alle diskriminierenden Sanktionsmaßnahmen im Bürgergeld-Bereich zu verzichten
- ▶ Mehr Förder- und Wiedereingliederungsprogramme bereitzustellen
- ▶ Die Kostenübernahme für die Unterkunft, orientiert am Mietpreisspiegel der Gemeinde
- ▶ Die Aufhebung der Bargeldbeschränkung bei der Bezahlkarte
- ▶ Strom- und Gassperren abzuschaffen
- ▶ Die Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze
- ▶ In allen Ausschreibungen zur Auftragsvergabe Tarif- bzw. Mindestlohn
- ▶ Den Aufbau von kreisweiten aufsuchenden Beratungen für ältere Menschen, die zu Hause leben.
- ▶ Dass Jugendämter personell aufgestockt werden
- ▶ Den Aufbau von Unterbringungskapazitäten für Inobhutnahmen durch das Jugendamt — aktuell gibt es keinen einzigen Unterbringungsplatz im LDK

In den Gemeinden wollen wir:

- ▶ Die Förderung von altengerechtem, behindertengerechtem und generationsübergreifendem Wohnen
- ▶ Die Ausgestaltung konkreter Hilfsangebote für Menschen ohne Obdach, z.B. mehr Vorhaltung von Wohnraum, Kältebus, etc.
- ▶ Die Einführung von Sozialpässen
- ▶ Den Aufbau, Ausbau und die Unterhaltung von kostenfreien Treffpunkten für Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit Behinderung, Migrant*innen, etc.

Soziale Wohnungspolitik

Auch im Lahn-Dill-Kreis existiert ein Mangel an bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum. Besonders in den ländlichen Gemeinden gibt es kaum bezahlbaren Wohnraum für Singles, kinderlose Paare, Menschen mit Behinderung und Bezieher*innen von Sozialleistungen. Deshalb wird sich Die Linke weiter dafür einsetzen, dass sich der Kreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden um die Schaffung von ausreichend bezahlbarem, bedarfsgerechtem Wohnraum kümmert und dies nicht allein dem Markt überlässt. Wir schlagen vor, dass der Kreis eine eigene Wohnungsbaugesellschaft gründet, an der sich die Städte und Gemeinden beteiligen sollten, um mehr bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Für Die Linke ist Wohnen ein Grundrecht und gehört somit zur Daseinsvorsorge.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kreisweit für alle Städte und Gemeinden:

- ▶ Ein Mietspiegel erstellt wird
- ▶ Kommunalen Wohnungsbau durch Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften gefördert wird
- ▶ Bauland öffentlichen Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften zur Errichtung von Sozialwohnungen zur Verfügung steht
- ▶ Bei neuen Baugebieten mindestens 30 % für den sozialen Wohnungsbau reserviert werden
- ▶ Leerstand von Wohnungen zu Spekulationszwecken unterbunden wird
- ▶ Grundstücke überwiegend in Erbbaurecht abgegeben werden
- ▶ Wohnungsbau mit langer Sozialbindung geschaffen wird

FRÜHKINDLICHE UND SCHULISCHE BILDUNG

Frühkindliche Bildung fängt bereits in jungen Jahren an. Deshalb muss eine krisen- und katastrophenunabhängige Bereitstellung von Fachpersonal, Plätzen und Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe des kommunalen Handelns sein. Eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen in den Städten und Gemeinden muss zudem gewährleistet werden.

Die Linke steht für individuelle Förderung statt Auslese im Schulsystem. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich Die Linke für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Diese sind personell, räumlich und sachlich so auszustatten, dass an ihnen inklusiver Unterricht stattfinden kann. Das heißt auch, dass der Bildungsabschluss nicht mehr von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen darf. Wir fordern Ganztagschulen, die zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage sind. Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes Essen aus nachhaltigem und regionalem Anbau muss zum Standard jeder Bildungsstätte gehören.

Musikschulen und Veranstaltungen dürfen kein Luxus für wohlhabende Bürger*innen sein. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur Lebensentfaltung aller, und deshalb müssen Städte und Gemeinden die kulturelle Arbeit weiterhin verstärkt fördern.

Für die frühkindliche Bildung fordert Die Linke in den Gemeinden:

- ▶ Zügiger Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Plätzen
- ▶ Kitas i. d. R. zu Ganztagsstätten zu erweitern
- ▶ Eine stärkere Förderung und Qualifizierung des pädagogischen Fachpersonals
- ▶ Maximal drei Kinder bis drei Jahre oder maximal acht Kinder ab drei Jahren eine Betreuungsperson zur Verfügung steht
- ▶ Dass Einrichtungen mit genügend Sachmitteln ausgestattet werden
- ▶ 24-Stunden-Kitas in angemessener Entfernung

Der Lahn-Dill-Kreis hat in den vergangenen Jahren sehr viel Geld in seine Schulen investiert. Zahlreiche Neubauten und Sanierungen konnten durchgeführt werden und den Investitionsstau etwas verringern. Gleichwohl muss sichergestellt werden, dass diese auch weiterhin notwendigen Investitionen angesichts der angespannten Haushaltslage nicht dem öffentlichen Sparzwang zum Opfer fallen.

Für das Schulsystem fordern wir:

- ▶ Erhalt aller Schulstandorte des Landkreises. Darüber hinaus sollen bedarfsgerechte Erweiterungen vorgenommen werden
- ▶ Barrieren, die eine inklusive Beschulung behindern, müssen beseitigt werden
- ▶ Flächendeckende Ausstattung mit Computern und Breitband-Internetanschlüssen für Schulen
- ▶ Ausstattung der Schulen und aller Schüler*innen mit den erforderlichen Geräten für den digitalen Unterricht
- ▶ Schaffung geeigneter Räumlichkeiten und Beendigung von Unterricht in Containern
- ▶ Beteiligung der Schulen an Projekten, z. B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu fördern
- ▶ Schulen und Berufsbildungsmessen sind kein Ort für Lobbyisten und erst recht kein Rekrutierungsfeld
- ▶ Stärkere Unterstützung der Schulen bei Durchführung von Schwimmunterricht, sowie Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots an Schulschwimmen
- ▶ Den Bau eines dritten Förderschulstandortes im LDK

GESUNDHEITSVERSORGUNG

Schon heute lässt sich in einigen ländlichen Gebieten eine deutliche Unterversorgung bei Haus- und Fachärzten sowie Krankenhäusern feststellen. Dieser Trend gefährdet im wahrsten Sinne des Wortes Leben.

Die Tatsache, dass viele Krankenhäuser heute profitorientierte Unternehmen sind, verschärft die Lage zusätzlich. Privatisierungen haben gezeigt, dass sie die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich die Arbeitsbedingungen und Entlohnung der dort Beschäftigten verschlechtern. Daher ist es besonders wichtig, die Kliniken im Lahn-Dill-Kreis durch finanzielle Förderungen bei Investitionen zu unterstützen und alle drei Standorte zu erhalten. Um auch eine flächendeckende medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten zu erreichen, setzen wir uns für die Gründung und Unterstützung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren (MVZ) ein.

Die Wertschätzung des Personals, das eine sehr wichtige Arbeit für uns alle leistet, muss sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Für Die Linke ist klar: Im Gesundheitswesen darf nicht der Gewinn, sondern muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die Gesundheitsversorgung im Lahn-Dill-Kreis wurde durch den Wegfall der Geburtsstation in Dillenburg Ende 2022, und die im Raum stehende Schließung der Klinik in Braunfels massiv verschlechtert. Der Landrat führte fadenscheinige Gründe wie Personalmangel für diese Schritte an. Gleichzeitig wurde nur halbherzig nach geeignetem Personal gesucht; dringend benötigte Fachärzt*innen mussten z. B. über Monate auf Vorstellungsgespräche warten und wurden reihenweise abgewiesen. Mitarbeiter*innen klagen zudem über schlechte Arbeitsbedingungen und respektloses Verhalten der Klinikleitung. Wir fordern daher eine Neubesetzung der Geschäftsführerposten der Lahn-Dill-Kliniken.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Privatisierungen im Gesundheitsbereich sind strikt abzulehnen. Wo es möglich ist streben wir eine Rekommunalisierung an
- ▶ Eine Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit- und Belastung an den Lahn- Dill Kliniken
- ▶ Die Ausweitung erfolgreicher Projekte, wie des Gesundheitszentrum Breitscheid, als Vorbild für den gesamten Landkreis
- ▶ Keine Schließung von Krankenhäusern
- ▶ Eine Sicherung und Bestandsgarantie für die Klinikstandorte Dillenburg und Braunfels
- ▶ Eine vorausschauende und verantwortungsvolle Personalplanung im Gesundheitswesen im LDK und in den Lahn-Dill-Kliniken
- ▶ Förderung von Investitionen zum Erhalt und Ausbau von Krankenhäusern
- ▶ Schaffung von Anreizen, damit sich Ärzt*innen sorgenfreier im ländlichen Raum niederlassen bzw. Praxen übernehmen können
- ▶ Alle Einrichtungen im Gesundheitswesen müssen barrierefrei zugänglich sein
- ▶ Aufstockung der Ausbildungsplätze in allen Gesundheitsberufen, sowie eine Überarbeitung der Zulassungsbeschränkungen für medizinisch relevante Studiengänge durch die Landesregierung

SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU, NATUR- UND TIERSCHUTZ

Für uns hat die Umwelt Vorfahrt. Wir setzen uns dafür ein, dass Fußverkehr, Radverkehr und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gestärkt werden. Auch auf kommunaler Ebene können wir die Augen vor dem Klimawandel nicht verschließen. Wir stehen dort an der Seite von Organisationen, Bewegungen und Initiativen im Natur- und Umweltschutz, deren Expertise wir für eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte kommunale Umweltpolitik für unerlässlich halten.

Dazu wollen wir in den Kommunen:

- ▶ Öffentliche Auftragsvergabe stärker an Umwelt- und Sozialverträglichkeit koppeln
- ▶ Erhöhung der freiwilligen Leistungen für die Tierheime Dillenburg und Wetzlar.
- ▶ Eine Abfrage des Materialbedarfs der THW-Verbände im LDK
- ▶ Erarbeitung eines Konzepts für eine langfristige Wasserstrategie angesichts sinkender Grundwasserspiegel
- ▶ Wiedereinführen der Jagdsteuer, die 2025 von der Kreiskoalition aus CDU und SPD abgeschafft wurde
- ▶ Bessere personelle und materielle Ausstattung des Veterinäramtes
- ▶ Erhöhung der Fundtierpauschale auf 1,50 Euro pro Einwohner*in zur Sicherung der Finanzierung der Tierheime
- ▶ Wildtierverbot sowie generelles Tierverbot in Zirkussen umsetzen
- ▶ Einführung einer Kastrationspflicht für Katzen
- ▶ Anlegen von Nisthilfen und Wildblumenwiesen
- ▶ Mehr Baumpflanzungen entlang der Hauptverkehrsachsen – Parkanlagen statt Parkplätze!
- ▶ Urban Gardening: Anpflanzung von Nutzpflanzen im Stadtbereich und Pflege durch Patenschaften
- ▶ Silvesterfeuerwerke sind nur auf eigens dafür vorgesehenen Flächen in den Städten und Gemeinden zuzulassen.

SOZIALÖKOLOGISCHE VERKEHRSPOLITIK

Die Linke steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen. Die bestehenden öffentlichen Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue Konzepte öffentlicher Mobilität entwickelt werden. Grundsätzlich ist dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen.

Die ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn in den Städten die Fahrpreise nicht bezahlbar oder im ländlichen Bereich die öffentlichen Nahverkehrssysteme gar nur unzureichend vorhanden sind. Die Linke strebt beim RMV perspektivisch einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an – zahlreiche Städte und Regionen im In- und Ausland zeigen bereits heute, dass dies keine Utopie ist. Dies gilt sowohl für die Kreis- als auch für die kommunale Ebene. Im Rahmen einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie fordern wir im Landkreis integrierte Verkehrskonzepte (intermodale Mobilität), Car-Sharing-Programme und Leihrradsysteme und begleiten die Gemeinden aktiv bei der Umsetzung. Zugleich muss der Ausbau eines flächendeckenden Radwegnetzes in Städten und im ländlichen Raum vorangetrieben werden.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Verlässlichen und enger getakteten öffentlichen Personennahverkehr, besonders in ländlichen Gemeinden – auch an Wochenenden
- ▶ Ausweitung des ÖPNV-Netzwerks mit Direktverbindungen zwischen den Städten und Gemeinden
- ▶ Regional-Express-Linie von Gießen über Wetzlar, Herborn, Haiger und Dillenburg bis nach Köln
- ▶ Mittelfristig einen kostenfreien Personennahverkehr für alle
- ▶ Kostenfreie Beförderung von allen Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden
- ▶ Kurzfristig die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Einführung von Jobtickets und Deutschlandticket, bis ein kostenloser ÖPNV eingeführt ist
- ▶ Keine Entwidmung der Bahntrassen von Dietzhölztal- und Solmsbachtalbahn, damit eine Reaktivierung möglich bleibt
- ▶ Auf- und Ausbau eines flächendeckenden Radwegenetzes in Städten und Gemeinden
- ▶ Autofreie Innenstädte
- ▶ Abschaffung der Straßenbaubeiträge. Die Anliegerbeiträge werden der Kommune vom Land Hessen komplett erstattet
- ▶ Im Kreis und in den Kommunen wollen wir uns für einen möglichst barrierefreien ÖPNV einsetzen
- ▶ Neuordnung der Aufgabenträgerschaft für den öffentlichen Personennahverkehr
- ▶ Deutlich bessere Schienenpersonennahverkehrsverbindungen (SPNV)
- ▶ Wir setzen uns für den Erhalt der IC-Verbindung von Frankfurt-Münster ein.
- ▶ Die Freigabe der IC-Verbindung für das Deutschlandticket innerhalb Hessens am Beispiel von NRW.

Bislang ist die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV im Lahn-Dill-Kreis mit dem Landkreis Limburg-Weilburg in der Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil (VLDW) mbH organisiert. Der städtische Linienbusverkehr von Wetzlar wird in einer eigenen lokalen Nahverkehrsorganisation durchgeführt.

Wir fordern die Auflösung der wirtschaftlich ausgerichteten VLDW. An ihrer Stelle muss es einen gemeinsamen Zweckverband mit weitreichenden politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Lahn-Dill-Kreis und Stadt Wetzlar geben, welcher einen gemeinsamen lokalen Nahverkehrsplan erstellt und fortschreibt. Des Weiteren fordern wir eine enge Kooperation mit der Stadt und dem Landkreis Gießen.

Wetzlar und Gießen bilden einen gemeinsamen urbanen Raum, welcher verkehrstechnisch und infrastrukturell miteinander verflochten ist.

Wir unterstützen den Bau einer RegioTram nach Vorbild Karlsruhe, Kassel oder Tübingen durch die Landkreise, Lahn-Dill, Gießen sowie Marburg und fordern

hierzu die genannten Gebietskörperschaften auf, sich interkommunal zusammenzuschließen und die ersten Schritte einer Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Für die Dietzhöhlzalbahn und die Solmsbachtalbahn sind umsetzbare Machbarkeitsstudien zu erstellen, um eine Reaktivierung bzw. einen Wiederaufbau zu ermöglichen. Eine durchgängige Verbindung Gießen-Wetzlar-Albshausen-Kraftsolms-Brandoberndorf-Grävenwiesbach-Usingen würde eine direkte Verknüpfung mit der verlängerten S5, der S-Bahn Rhein-Main in Usingen herstellen. Die Lahntalbahn ist auf kompletter Länge im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms zu elektrifizieren. Alle Bahnsteige der Dillstrecke und der Lahntalbahn sind in einem schrittweisen Konzept barrierefrei auszubauen. Wir unterstützen die Forderung, alsbald eine durchgängige Regional-Express-Linie von Gießen über Wetzlar, Herborn, Haiger und Dillenburg bis nach Köln einzurichten.

Des Weiteren fordert Die Linke ein Gesamtkonzept für den barrierefreien Ausbau aller Bushaltestellen im Lahn-Dill-Kreis. Nur wenn in Kooperation zwischen Nahverkehrsorganisation, Kreis und Kommunen alle Haltestellen barrierefrei sind, ist die gesetzlich vorgeschriebene Inklusion erfüllt.

ENERGIEPOLITIK

Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und dürfen nicht der Profitgier privater Kapitaleigner unterworfen werden.

Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, die Energiegewinnung im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung, lokal selbst organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen.

Deshalb treten wir als Die Linke dafür ein:

- ▶ Die Ver- und Entsorgung wieder in Stadtwerken als kommunale Eigenbetriebe zu betreiben. Diese sollen sozial gestaffelte Tarife zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung für alle anbieten
- ▶ Alle gemeinwirtschaftlichen und regionalen Projekte zur regenerativen Energieerzeugung, insbesondere durch Wind- oder Wasserkraft, zu unterstützen
- ▶ Stromnetze wieder in den Besitz der Kommunen zu übergeben, um so lokal die politischen Weichen für eine regional nachhaltige Energiepolitik zu legen
- ▶ Möglichst alle neu geplanten Baugebiete mit einem Nah- oder Fernwärmenetz auszustatten
- ▶ Die Beratung zur Energieeinsparung und Energieeffizienz im Kreis und in den Kommunen auszubauen
- ▶ Erstellung eines Energieeffizienzplans für alle kommunalen Einrichtungen
- ▶ Auf allen öffentlichen Gebäuden Solar- oder Photovoltaikanlagen zu montieren

JUGEND – ATTRAKTIVE KOMMUNEN FÜR JUNGE MENSCHEN

Der ländliche Raum, so auch der Lahn-Dill-Kreis, leidet unter einer massiven Abwanderung junger Menschen in die Städte. Dieser Trend wird mittel- bis langfristig die jeweiligen Gemeinden in große Nöte bringen, wenn aufgrund des Wegzuges junger Menschen die Daseinsvorsorge und Infrastruktur nicht mehr im nötigen Maße aufrechterhalten werden können. Deshalb müssen ländliche Gebiete unverzüglich an Attraktivität gewinnen. Wir treten dafür ein, dass das Wahlalter bei Kommunalwahlen per Landesgesetz auf 16 Jahre gesenkt wird.

Wir fordern hier für die Kommunen:

- ▶ Sicherstellung der Teilhabemöglichkeit an Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten für alle Kinder und Jugendlichen
- ▶ Sportplätze, Spielplätze, Schwimmbäder und Skateparks neu schaffen und bestehende erhalten und ausbauen
- ▶ Die geplante Jugendvertretung in ein Jugendparlament mit Antrags- und Rederecht im Kreistag umzuwandeln und Schaffung eines Jugendfonds zur Verwirklichung eigener Projekte.
- ▶ Schaffung und Ausbau selbstverwalteter Jugendtreffs
- ▶ Einrichtung des Jugendbildungswerkes beibehalten und Angebote ausbauen
- ▶ Erweiterung des öffentlichen Personennahverkehrs am Wochenende und zur Nachtzeit (Nachtbusse)
- ▶ Keine Werbung für die Bundeswehr auf den kommunalen Werbeflächen oder in Bussen des kommunalen ÖPNV-Betriebs

DIGITALISIERUNG UND VERWALTUNG für Kreis und Kommune

Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam in allen Bereichen voran. Deutschland hat diese Entwicklung viel zu wenig gefördert. Das Ergebnis ist, dass Deutschland heute bei der Glasfaserversorgung und der flächendeckenden Mobilfunkversorgung (5G) weit zurückliegt. Diese Infrastruktur muss endlich zügig ausgebaut werden. Um langfristig nicht gänzlich abgehängt zu werden, müssen Bund und Länder in Zusammenarbeit mit den Kommunen schnell Maßnahmen ergreifen und den Ausbau, insbesondere in den ländlichen Gemeinden, ggf. auf eigene Kosten vorantreiben. Aus unserer Sicht ist Breitbandversorgung ein Grundbedürfnis, egal in welchem Ort jemand wohnt.

Wir fordern:

- ▶ Förderung des Ausbaus von Glasfaserkabeln und Mobilfunkversorgung (5G), insbesondere in den ländlichen Gebieten
- ▶ Auf- und Ausbau eines perspektivisch flächendeckenden, kostenfreien City-WLAN-Netzes in allen Städten und Gemeinden
- ▶ Ausstattung der Schulen mit Geräten und Breitbandversorgung um digitalen Unterricht zum Standard zu machen
- ▶ Fort- und Weiterbildung der kommunalen Beschäftigten im Bereich Medienkompetenz

Eine gut funktionierende und mit Personal ausgestattete Verwaltung ist Voraussetzung, um die ihr übertragenen Aufgaben sorgfältig und zeitnah zu erfüllen. Wir wollen eine Verwaltung, die Anträge und Formulare auch digital zur Selbstbearbeitung zur Verfügung stellt, ohne diese für die Bearbeitung ausdrucken zu müssen. Wir möchten die IT-Abteilung des Landkreises zu einem Kompetenz-Center erweitern, welches die Verwaltung und die Schulen angemessen unterstützt. Die Linke unterstützt Gewerkschaften dabei eine Entlohnung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erreichen, die einen angemessenen Lebensstandard sichert. Dabei sind die überproportionalen Anhebungen der unteren Entgeltgruppen sowie eine Verbesserung der Zusatzversorgung für alle Beschäftigten von besonderer Bedeutung. Wir wenden uns gegen ein weiteres Outsourcing öffentlicher Aufgaben. Vorhandene Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind zu erhalten und auszubauen. Auch wegen der zunehmenden Digitalisierung darf kein allgemeiner Arbeitsplatzabbau stattfinden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ▶ Sicherstellung der Beschäftigung zur Gewährleistung der vorgesehenen Aufgaben und Maßnahmen
- ▶ Fortsetzung des Planes zur Förderung von Frauen in leitenden Funktionen in den kommunalen Verwaltungen
- ▶ Verstärkte Bereitstellung von Anträgen und Formularen in digitaler Form
- ▶ Den Erhalt der Kommune und ihre Eigenbetriebe als Ausbildungsbetriebe
- ▶ Bürokratieabbau durch konsequente Digitalisierung
- ▶ Verpflichtende Awareness-Schulungen für alle Angestellten im öffentlichen Dienst.
- ▶ Den Ausbau des mobilen Arbeitens, damit der Landkreis als attraktiver Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht.

Inklusion

Das Thema Inklusion betrifft uns alle. Für Die Linke ist klar: Alle baulichen, technischen und anderen Barrieren müssen möglichst überall entfernt werden. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss vollumfänglich ermöglicht werden - dies gilt auch für digitalen Angebote. Zudem braucht es mehr Schulbegleitungen, Integrationskräfte und Fortbildungen in diesem Bereich. Die Teilhabe muss von klein auf für alle ermöglicht werden, unabhängig davon, welche Einschränkungen und/oder Schwierigkeiten die Menschen haben. Eltern, Angehörige und Betroffene brauchen von Anfang an neutrale Aufklärungs- und Hilfsangebote an einem zentralen Ort.

Deshalb fordern wir auch für Städte und Gemeinden:

- ▶ Barrierefreie Webseiten der kommunalen Verwaltungen und seiner Eigenbetriebe in „leichter Sprache“
- ▶ Aufwertung des Behindertenbeirates des Lahn-Dill-Kreises (z.B. Berichtsvorlage gegenüber dem Kreistag)
- ▶ Aufbau und Erweiterung des Blindenleitsystems, Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarben sowie Ausstattung weiterer Straßenüberquerungen mit akustischen Ampeln
- ▶ Installation von Schildern mit Brailleschrift vor wichtigen Gebäuden, auf denen die wichtigsten Daten des Gebäudes zu lesen sind
- ▶ Alle Sitzungen, Sprechstunden und Veranstaltungen der Stadt müssen barrierefrei zugänglich sein
- ▶ Barrierefreie Gestaltung von Pflasterwegen
- ▶ Alle Kitas sind zu inklusiven Einrichtungen umzuwandeln
- ▶ Einrichtung von generationsübergreifenden Begegnungsstätten

Frauenpolitik

Frauen sind in kommunalen Gremien und Vorständen in der Minderheit. Damit bestimmen meist Männer über die Belange von Frauen mit. Die Auswirkungen sind unübersehbar:

Frauen leisten im Schnitt doppelt so viel unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnbereich und gerade alleinerziehende Mütter sind auch in unserem Landkreis armutsgefährdet. Von wirklicher Gleichstellung sind wir im Lahn-Dill-Kreis immer noch weit entfernt.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Eine verbindliche Frauenquote für die Führungsetagen kommunaler Behörden und Unternehmen
- ▶ Mehr Plätze in Frauenhäusern und eine bessere Ausstattung dieser Schutzräume
- ▶ Ausreichende finanzielle Unterstützung für Frauenprojekte bzw. ein selbstverwaltetes Frauenzentrum
- ▶ Ausreichende Beleuchtung auf öffentlichen Parkplätzen und Wegen
- ▶ Einführung von Frauentaxis in Form von Fahrtgutscheinen

Kultur- und Ehrenamt

Kultur ist ein facettenreicher Begriff. Die Linke steht für eine bunte, vielfältige Kulturszene - dazu gehören auch Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen. Für uns hat oberste Priorität, dass jeder Mensch unabhängig von Einkommen, Herkunft oder anderen Faktoren an Kultur teilhaben kann. Der Lahn-Dill-Kreis besitzt eine breiten Vereinskultur in den Städten und Gemeinden erfreuen - darüber hinaus engagieren sich viele tausend Menschen ehrenamtlich z. B. in Sportvereinen, den Freiwilligen Feuerwehren, dem THW oder bei den Tafeln. Dieses Engagement ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, und wir stehen für dessen Anerkennung und Förderung.

Wir fordern:

- ▶ Vergünstigten Zugang für Geringverdiener*innen zu kulturellen Einrichtungen und Events
- ▶ Aufwertung und Erhalt der Ausländerbeiräte
- ▶ Bereitstellung von Mitteln und Schaffung notwendiger kultureller Freiräume
- ▶ Entschlossener Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- ▶ Kostenfreie Fortbildungen für Beschäftigte in den Kommunalbehörden zu den Themen Diskriminierung und Rassismusprävention
- ▶ Deutlich höhere Förderung und organisatorische Unterstützung der freien Kulturszene
- ▶ Entschlossenes Eintreten für die Rechte queerer Menschen
- ▶ Unterstützung kultureller Angebote, wie beispielsweise in Stadtbüchereien
- ▶ Schaffung von soziokulturellen Treffpunkten

ANTIFASCHISMUS - Konsequenz GEGEN RECHTS

Antifaschismus und Antirassismus sind die Grundlage all unseres politischen Handelns. Dem wachsenden Antisemitismus treten wir entschieden entgegen! Wir zeigen klare Kante gegen jegliche Form der Ausgrenzung, der Diskriminierung und des Abbaus von Grund- und Freiheitsrechten. Der Ausspruch "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg" ist unsere tiefste innere Überzeugung. Deshalb stehen wir an der Seite derer, die unter den Repressionen und Folgen des zunehmenden Erstarkens rechtsextremer Tendenzen leiden. Wir werden zu jeder Zeit und überall friedlichen, aber bestimmten Protest auf die Straße und in die Parlamente tragen. Jüdisches Leben in Mittelhessen ist zunehmend bedroht. So finden Gottesdienste und Veranstaltungen der Jüdischen Gemeinde in Gießen nur noch unter massivem Polizeischutz statt. Darüber hinaus haben Jüdinnen und Juden Angst als solche in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Für uns als Linke ist klar: Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft.

Deshalb stehen wir für:

- ▶ Intensivierung des kommunalen Engagements gegen Rechts und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen
- ▶ Fortwährende Sensibilisierung aller Kommunalbeschäftigten im Bereich Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit
- ▶ Unterstützung des Demonstrationsrechts und entschiedenes Eintreten gegen Polizeigewalt
- ▶ Eine Null-Toleranz-Politik bei Bekanntwerden von rechtsextremen Tendenzen in den Kommunalbehörden
- ▶ Förderung von Städten und Gemeinden, die sich zum "sicheren Hafen" für Geflüchtete erklären
- ▶ Einen konsequenten Entzug der Waffenbesitzkarten für Reichsbürger*innen und Neonazis

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Menschen werden weiterhin als Flüchtlinge zu uns kommen, solange die Fluchtursachen in ihrer Heimat weiter bestehen. Für Kriege und Bürgerkriege, für Armut und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern der Geflüchteten tragen die Europäische Union und auch die Bundesrepublik eine große Mitverantwortung. In ihrer gesellschaftlichen Verantwortung setzt sich Die Linke Lahn-Dill aktiv für eine offene Willkommenskultur für Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten ein. Wir treten rassistischen Vorurteilen und der Diskriminierung anderer Minderheiten entschieden entgegen. Wir sehen die Aufnahme und die Integration der aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen als Chance, nicht nur bezogen auf eine interkulturelle Bereicherung.

Die Linke Lahn-Dill tritt sowohl innerhalb als auch außerhalb der kommunalen Gremien für die Belange der Asylsuchenden ein.

Wir fordern:

- ▶ Vorhaltung ausreichender fester Unterkünfte und Wohnungen
- ▶ Umfassende Gesundheitsversorgung aller Asylbewerber*innen
- ▶ Schaffung und Ausbau von Begegnungsstätten mit Lehr- und Beschäftigungsangeboten für Asylbewerber*innen und Anwohner*innen
- ▶ Förderung von Gemeinden und Städten, die sich zum „sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklären
- ▶ Schutz von Flüchtlingsunterkünften gegen fremdenfeindliche Übergriffe
- ▶ Schutz von Flüchtlingen in Ausbildung und Schule
- ▶ Akzeptanz des Kirchenasyls

FINANZIERUNG

Zahlreiche Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen nicht länger dem Markt überlassen bleiben. Daher setzen wir uns für ein gerechtes Finanzierungssystem durch Bund und Land ein, welches es auch in der Praxis ermöglicht, die kommunale Selbstverwaltung mit Leben zu füllen.

Das rasante Wachstum von Vermögen der Reichen und Superreichen während der Krisen zeigt, dass eine Vermögensabgabe und die Wiedereinführung einer angemessenen Vermögenssteuer, besonders zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben notwendig, angemessen und gerecht sind!

Auch künftig, werden wir keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Allgemeinheit sinnvoll und notwendig ist die Unterstützung versagen.

Statt Kürzungsdiktaten müssen planungssichere Einnahmen, ein gerechtes Steuersystem und auch notwendige Neuverschuldungen genutzt werden, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Die vom Bundestag beschlossenen Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen müssen vorwiegend den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2016 war ein Nullsummenspiel zulasten der hessischen Kommunen. In der Folge wurden zunehmend die hessischen Bürger*innen durch Erhöhungen von Gebühren zur Kasse gebeten. Aufgaben der Daseinsvorsorge werden einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind.

Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Wohlhabenden entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürger*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden.

Für eine bessere Kommunalfinanzierung fordern wir von Bund und Land:

- ▶ Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer, in die alle Gewerbetreibende gemäß ihrer Wirtschaftskraft einbezogen werden
- ▶ Erhöhung kommunaler Investitionen aus Bundesmitteln
- ▶ Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund
- ▶ Einen besseren und gerechten kommunalen Finanzausgleich

Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigen will, muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden! Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen, Infrastruktur und in die Bildung nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an einer Politik, für die das politische Establishment verantwortlich ist.

Statt einer schädlichen Schuldenbremse, vermeintlichen Rettungsschirmen und Kürzungsdiktaten müssen langfristig planungssichere Einnahmen für die Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, geschaffen werden.

Wer eigene Ideen einbringen und unsere Forderungen unterstützen möchte, ist bei uns herzlich willkommen!